

# Bern

**Abgelegen und glücklich**  
Adrian Bieri möchte nirgendwo  
sonst leben als im Simmental. 21



## Per Zufall in den Grossen Rat

Auf die Sitze, fertig, Los! Mit einer neuen Liste bringt ein Bieler Verein die Diskussion über die Idee des Los-Verfahrens für Wahlen in den Kanton Bern. Etablierte Parteien finden das nicht sinnvoll.

**Gina Bachmann**

Ihr Name ist Platzhalter für ein viel grösseres Vorhaben. Ruth Tennenbaum, einzige Kandidatin der Liste loswahl.ch, wird ihren Sitz räumen, bevor sie je einen Schritt ins Rathaus gesetzt hat – zugunsten des Zufallsprinzips. Denn über ihre Nachfolge soll das Los entscheiden. Hinter Tennenbaums Kandidatur steckt die Bürgerbewegung Passerelle aus Biel. Diese verfolgt unter anderem das Ziel, die Wahl von Parlamentariern per Los zu vollziehen und damit eine gerechtere Vertretung des Stimmvolks zu erreichen. Es handelt sich dabei nicht um einen Jux, sondern um ein Verfahren, das schon in der Antike angewandt wurde, um politische Ämter zu besetzen (siehe Text unten links).

Passerelle hat diese Idee auf eine Grossratskandidatur übertragen und

### Berner Wahlen

25. März 2018

bernerwahlen.derbund.ch

muss sich eines Kniffs bedienen, damit dies überhaupt möglich ist: Wird Ruth Tennenbaum gewählt und tritt sie gleich anschliessend zurück, kann niemand automatisch nachrücken, weil nur ihr Name auf der Liste steht. Es muss eine Ersatzperson vorgeschlagen werden. Passerelle wird diese Person dann aus einem Topf von freiwilligen Kandidaten auslosen. Der oder die Glückliche darf dann in den Grossen Rat einziehen. Rechtlich ist das zulässig (siehe Text unten rechts). Aber warum das Ganze?

### Nationale Initiative

«Heute kann nur ein politisches Mandat ausüben, wer in einer Partei ist oder selber viel Zeit hat und finanzielle Mittel aufbringen kann», sagt Ruth Tennenbaum. Gerade auf Kantonsebene sei eine Kandidatur mit grossem Aufwand verbunden. Das heutige System führe deshalb zu Parlamenten, die sich weitgehend aus über vierzigjährigen Männern mit akademischem Hintergrund zusammensetzten. «Das Losverfahren könnte die Vielfalt der Bevölkerung besser abbilden», sagt Tennenbaum. Sie appelliert auch an die Bürgerpflichten. «Es sollte selbstverständlich werden, dass man ein politisches Amt ausübt.»

Geht es nach dem Fribourger Charly Pache, soll das Los-Verfahren in der Schweiz zur Regel werden. Mit seiner Bewegung Generation Nomination bereitet er eine Volksinitiative vor, die das Los-Verfahren bei Nationalratswahlen einführen will. «Man würde eine grössere Diversität erreichen», sagt Pache. Chancengleichheit sei im heutigen Sys-



Ruth Tennenbaum im Farel-Bistro in Biel: Hier hätte das Los das letzte Wort über ihre Nachfolge. Foto: Adrian Moser

## «Das Los-Verfahren könnte die Vielfalt besser abbilden.»

Ruth Tennenbaum, Kandidatin loswahl.ch

tem nicht gegeben. Mit der Unterschriftensammlung hat Generation Nomination noch nicht begonnen, da zurzeit die finanziellen Mittel fehlen.

Vor dem Hintergrund der abnehmenden politischen Teilhabe findet Marc Bühlmann, Direktor Année Politique Suisse der Universität Bern, die Wiederaufnahme dieser Idee interessant. Es stellen sich aber noch viele Fragen. So müsste man vorher zum Beispiel festlegen, unter welchen Umständen man die Loswahl ablehnen dürfte und ob Regionen oder Parteien dabei proportional berücksichtigt werden müssten.

### Parteien sehr skeptisch

Bei den etablierten Parteien kommt die Idee allerdings schlecht an. Der Präsident der FDP Kanton Bern, Pierre-Yves Grivel, hat gar kein Verständnis dafür: «Das ist kompletter Blödsinn.» Es sei

heute schon für jeden und jede möglich, politisch tätig zu werden. Der Einstieg in die politische Arbeit müsse zwingend über die Parteien laufen, und dafür gebe es auch Parteien, sagt Grivel.

Ursula Marti, Präsidentin der SP Kanton Bern, kritisiert einen anderen Punkt: Die Frage, ob die Parteien durch ein Los-Verfahren geschwächt würden, steht für sie nicht im Zentrum. «Die Frage ist eher, ob es der Gesellschaft nützen würde.» Und das bezweifelt Marti. Man könne weder jemanden abwählen, der seine Arbeit schlecht mache, noch jemanden bestätigen, der sie gut mache. So ginge auch viel Erfahrung verloren. Marti findet die Idee aber nicht uninteressant und könnte sich vorstellen, dass zumindest ein kleiner Teil eines Parlaments per Los ernannt werden könnte.

### «Es ist noch etwas künstlich»

Von einer Loswahl für ein ganzes Parlament ist man in Biel aber ohnehin noch weit entfernt: Passerelle-Präsident Titus Sprenger räumt ein, dass die Grossratskandidatur der Idee des Losverfahrens nicht ganz gerecht werde. «Es ist noch etwas künstlich», sagt er. Aktuell befinden sich zehn Namen im Topf für den Ersatz von Tennenbaum. Wer Kandidat werden will, muss sich zu drei Grundwerten bekennen: der Verpflichtung zur Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und der Ableh-

nung von Rassismus und Diskriminierung. Die Werte orientierten sich an der Bundesverfassung und seien bewusst offen gehalten, sagt Sprenger. Vorselektionieren wolle man damit nicht.

Letzten Sommer reichte Ruth Tennenbaum, die im Bieler Stadtrat einen der zwei Passerelle-Sitze besetzt, ein Postulat ein. Der Gemeinderat solle prüfen, ob in Zukunft die Hälfte der Stadtratsitze unter allen Stimmberechtigten ausgelost werden könnten. Der Bieler Gemeinderat bezeichnete das Anliegen zwar als «originell und innovativ», lehnte es jedoch ab. Ein Losverfahren auf kommunaler Ebene verstosse gegen das kantonale Gemeindegesetz, weil es keine Volkswahl darstelle, argumentierte er. Tennenbaum hatte in der Folge nicht darauf bestanden, dass auch noch der Stadtrat darüber beraten soll. «Es war klar, dass die Parteien dem Vorstoss eine Absage erteilt hätten aus Angst, dadurch geschwächt zu werden», sagt sie.

Mit der Teilnahme an den Grossratswahlen versucht Passerelle nun, das Losverfahren «im Rahmen des Möglichen» umzusetzen, wie Tennenbaum sagt. Gewinnt die Liste einen oder mehrere Sitze wird am 14. April im Farel-Bistro in Biel der Ersatz für Tennenbaum ausgelost. Mit Papier-Löslü wie an einer Tombola. «Ruth Tennenbaum wird dann wohl die Glücksfee spielen», sagt Sprenger.

### Wahlsystem Los ist möglich

Wer sich für den Grossen Rat zur Wahl stellen will, muss seinen Namen auf eine der offiziellen Wahllisten setzen. Der Stimmenanteil, den eine Liste gewinnt, entscheidet darüber, wie viele Personen der Liste einen Sitz bekommen. Immer wieder kommt es vor, dass Listen überraschend viele Stimmen holen und für die gewonnenen Sitze gar nicht genug Leute auf der Liste haben. Dann müssen sich die Personen, welche die Liste mit ihrer Unterschrift unterstützt haben (im Kanton Bern braucht es dazu mindestens 30), per qualifiziertes Mehr auf einen Ersatzkandidaten einigen. Das Gleiche passiert, wenn ein Grossrat oder eine Grossrätin während der laufenden Legislaturperiode zurücktritt und niemand von der ursprünglichen Wahlliste nachrücken kann. Wie sich die Unterstützer der Liste auf den Ersatzkandidaten einigen, ist dem Gesetzgeber aber egal, solange die vorgeschlagene Person im Kanton Bern stimmberechtigt ist. Dass die Nachfolge für Tennenbaum per Zufallsprinzip bestimmt wird, ist also nicht rechtswidrig. (gb)

## Von Graffenried desavouiert die Stadt-SVP

Die SVP wollte wissen, warum die Vermittlung zwischen der Reitschule und der Polizei gescheitert ist. Aber der Stadtpräsident gibt die Akte der Sonntagspresse weiter.

**Bernhard Ott**

Fragen der SVP hat der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) offenbar nicht so gern – vor allem wenn es um die Reitschule geht. Ein Gesuch um Einsicht in die Protokolle der Gespräche zwischen der Stadt und der Reitschule ist seit letztem Oktober hängig. Die SVP hat deswegen nun eine Rechtsverzögerungsbeschwerde beim Statthalteramt eingereicht. Nicht besser ging es im Fall eines weiteren SVP-Gesuches betreffend der gescheiterten Mission von Ex-Bundesrichter Hans Wiprächtiger, der zwischen der Reitschule und der Polizei vermitteln sollte. SVP-Fraktionschef Alexander Feuz hat Mitte Januar Einsicht in die Akten zur Auswertung der Vermittlungsarbeit von Wiprächtiger verlangt – die betreffende zwanzigzeilige Aktennotiz ist letzte Woche aber nicht bei der SVP, sondern beim «SonntagsBlick» gelandet.

Feuz hat sich daraufhin beschwert, worauf ihm die Notiz doch noch ausgehändigt wurde. Im Begleitschreiben entschuldigt sich von Graffenrieds Generalsekretär Blaise Kropf «für die Auslassung». Angesichts der Auskunft gegenüber dem «SonntagsBlick» wäre es «in der Tat angemessen gewesen, Ihnen die Notiz ebenfalls umgehend zugänglich zu machen», hielt Kropf fest.

### «Fehler» oder Strategie der Stadt?

Von Graffenried selber spricht auf Anfrage von einem «Fehler». Es sei nicht um eine Bevorzugung des «SonntagsBlicks» gegangen. Vielmehr sei geplant gewesen, das «umfassende Akteinsichtsgesuch» der SVP auf einmal zu beantworten. Die Recherche des Journalisten sei aber «dazwischengekommen». Und so habe man dessen Fragen «im Sinne unserer offenen Medienarbeit» beantwortet, sagt von Graffenried.

Für SVP-Stadtrat Henri-Charles Beuchat ist diese Argumentation nicht sehr glaubwürdig. Er ist der Autor der erwähnten Rechtsverzögerungsbeschwerde im Fall des Gesuches um Einsicht in die Protokolle der Reitschul-Gespräche. Hinter der mehr als zurückhaltenden Behandlung der SVP-Gesuche stecke eine Strategie der Stadt, vermutet Beuchat. Gemäss dem in der bernischen Verfassung verankerten Öffentlichkeitsprinzip müsste die Einsicht in Reitschul-Akten eigentlich gewährleistet werden. «Für die SVP hingegen gilt das Öffentlichkeitsprinzip in der Stadt Bern offenbar nur eingeschränkt.» Die Kontrollfunktion sei aber eine wichtige Rolle für die Opposition in einer Stadt, die sowohl im Gemeinderat als auch im Stadtparlament von den rot-grünen Parteien dominiert werde. «Ohne ein funktionierendes Öffentlichkeitsprinzip kann sie diese Rolle nicht mehr wahrnehmen», sagt Beuchat.

Inhaltlich bleibt unklar, warum die Stadt die Akten nur zögerlich und selektiv rausrückt. Das Scheitern der Vermittlung von Alt-Bundesrichter Wiprächtiger ist ebenso bekannt wie der Umstand, dass die Reitschule ein Treffen mit Vertretern der Polizei stets abgelehnt hat. In der Deutlichkeit neu ist allenfalls, dass Wiprächtiger den Grund für sein Scheitern im Einstimmigkeitsprinzip der Vollversammlungen, in den «intransparenten Machtstrukturen» in der Reitschule und in «lakonischen» Bemerkungen ausmacht, wie der Aktennotiz zu entnehmen ist. So hätten Reitschulvertreter ihm gegenüber gesagt, dass ein «Abbruch der Übung» nicht so schlimm sei, schliesslich habe man schon manchen Stadtpräsidenten überlebt. Der amtierende Stadtpräsident zieht folgendes Fazit daraus: «Wichtig bleibt nach wie vor der Dialog.»

Kurze Geschichte des Losverfahrens

## Idee aus der Antike importiert

Parlamentarier auslosen statt wählen – auch in der Schweiz ist die Idee nicht ganz neu.

**Gina Bachmann**

In der radikalen Demokratie des antiken Athen wurden fast alle politischen Ämter und Laien-Gerichte aus einem Topf von sich zur Verfügung stellenden Männern ausgelost. Dabei wurden die zehn Verwaltungsbezirke Athens proportional berücksichtigt. Durch stete Rotation erreichten die Griechen eine Machtkontrolle in ihrem «Rat der 500». Das komplizierte Verfahren funktionierte mit sogenannten Stimmsteinen und Wahlkästen und dauerte Stunden.

Mit dem Zerfall der Antike verschwand das Los-Verfahren zusammen mit der Demokratie aus der Politik und dem intellektuellen Diskurs Europas. Erst im 18. Jahrhundert wurde die Demokratie mit Jean-Jacques Rousseau und

im Zuge der Französischen Revolution wieder salonfähig. «Man war sich damals aber einig, dass nur die «Besten und Fähigsten» das Volk vertreten sollten, damit «gute» Entscheide gefällt werden können», sagt Marc Bühlmann, Direktor von Année Politique Suisse an der Universität Bern. Diese elitistische Haltung sei im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend stärker kritisiert worden. «Die Idee, dass es gar niemanden gibt, der die beste Lösung kennt, liegt dem Los-Verfahren zugrunde», sagt Marc Bühlmann.

Die Geschichte des Zufallsverfahrens ist damit noch nicht fertig erzählt – zumindest nicht für die Schweiz. Bei den Nationalratswahlen 2011 erhielten die Tessiner FDP-Kandidaten Marco Romano und Monica Duca exakt gleich viele Stimmen. Das Los entschied dann über die Vergabe des freien Sitzes – zugunsten Romanos. Ein ähnlicher Fall ereignete sich 1939. Zwei Baselbieter Regierungsmitglieder wollten in den Nationalrat einziehen. Weil die Kantonsver-

fassung vorsah, dass höchstens ein Regierungsmitglied zugleich Nationalrat sein durfte, musste das Los darüber entscheiden, wer die Kandidatur einreichen konnte.

Das Los-Verfahren wird zurzeit auch in anderen Ländern aus der Kiste der verstaubten Ideen geholt. Im katholischen Irland wurde damit gar ein äusserst überraschender Entscheid gefällt. Die Regierung beauftragte 2012 eine Bürgerversammlung mit der Frage, ob die Ehe für Homosexuelle legalisiert werden solle. Zwei Drittel der Mitglieder wurden per Los berufen. Die restlichen Mitglieder des 99-köpfigen Gremiums waren gewählte Politikerinnen und Politiker. Nachdem die Versammlung ein Jahr lang dazu beraten hatte, sprach sich die Mehrheit für die Homo-Ehe aus. Damit ebnete die Versammlung den Weg für das Referendum, das 2015 folgte und Irland zum ersten Land Europas machte, das die Homo-Ehe per Volksentscheid einführt.